

## Pressemeldung

### 4. Parlamentarischer Abend des BVA am 07. November 2007 in Berlin

#### Die geplante Pflanzenschutznovelle ist eine Rolle rückwärts

Die Novellierung der Zulassungspolitik für Pflanzenschutzmittel ist eine „Rolle rückwärts“ für die angestrebte zukünftige Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelmarktes auf EU-Ebene, kommentierte Bruno Fehse, Präsident des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA) die geplante EU-Pflanzenschutzmittelzulassungsverordnung. Der jetzt vorliegende Entwurf lehnt die zonierte Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ab. Durch die Einführung der Substitution würde die Einheitlichkeit der Bewertung auf EU Ebene aufgegeben und der Schutz der „kleinen“ Kulturen durch das Wegbrechen von Wirkstoffen nahezu ausgehebelt, so Fehse.

Die Pflanzenschutzpolitik und die Entwicklungen im Bioenergiesektor standen im Mittelpunkt der Gespräche beim vierten Parlamentarischen Abend, zu dem der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. mit Vertretern des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages am Mittwoch in Berlin zusammengekommen war.

Für den BVA zeichnet sich eine falsche Weichenstellung mit kaum korrigierbaren Konsequenzen für die Landwirtschaft, einschließlich Gartenbau und die ihr vor- und nachgelagerten Bereiche ab. Die geplanten Änderungen könnten in Extremjahren zu einer erheblichen Belastung der Erntegüter mit unerwünschten Stoffen, wie z.B. Pilzgiften führen, sowie zu einer künstlichen Verknappungen im Hinblick auf die Versorgung der Verbraucher mit pflanzlichen Produkten. In diesem Zusammenhang erinnerte Fehse auch an die Rapsglanzkäfer-Kalamität im Jahr 2006 und die Ertragsausfälle durch das Gelbverzwergungsvirus in diesem Jahr.

Fehse mahnte, dass für den Wirtschaftsstandort Deutschland die Beschlüsse im Hinblick auf Innovationen bei der Entwicklung neuer Pflanzenschutzwirkstoffe derart einschneidend seien, dass mit einer Abwanderung von Forschung und Produktion aus der EU oder gar mit Aufgabe dieses Wirtschaftsbereiches gerechnet werden müsse.

Auch der Verbraucherschutz gerate in Gefahr, warnt der BVA, da das Risiko illegaler Importe und Anwendungen zwangsläufig ansteigen würde. Die Verwirklichung des Gemeinsamen Binnenmarktes mit einheitlichen Regelungen werde durch die geplanten Änderungen nachhaltig behindert und der Wettbewerb verzerrt.

---

**Büro Bonn:**

Beueler Bahnhofplatz 18  
53225 Bonn  
Postfach 30 16 55, 53196 Bonn  
Tel.: +49 228 9 75 85-0  
Fax: +49 228 9 75 85-32  
E-Mail: zentrale@bv-agrar.de  
Website: www.bv-agrar.de

**Büro Berlin:**

Haus des Handels  
Am Weidendamm 1 A  
10117 Berlin  
Tel.: +49 30 59 00 99 455  
Fax: +49 30 59 00 99 456  
E-Mail: berlin@bv-agrar.de

**Bankverbindungen:**

Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98) Kto. 32 900 730  
Postbank NL Köln (BLZ 370 100 50) Kto. 21 42-508  
UST ID: DE 153 22 44 07  
St.-Nr. 206/5893/0428

*Die kompetente Vertretung  
des privaten Agrarhandels*

## **Biodieselsteuer wird Existenzen vernichten**

Eine akute Bedrohung für die Existenz der Biotreibstoffhersteller sind die aktuellen Pläne der Bundesregierung, die weitere Anhebung der Besteuerung von Biotreibstoff durchzusetzen. Der BVA geht davon aus, dass bei einer weiteren Steuererhöhung im Biodiesel-Bereich im nächsten Jahr ähnliche Entwicklungen zu erwarten seien, wie sie derzeit im Biogas- und Bioethanol-Bereich stattfinden, befürchtet Bruno Fehse. Anlagen müssten stillgelegt werden, da die derzeitigen Rohstoffkosten ein kostendeckendes Wirtschaften unmöglich machen – insbesondere bei einer zusätzlichen Steuerbelastung.

Für den BVA weist der Biokraftstoff-Erfahrungsbericht der Bundesregierung aus Sicht der Praxis Fehler auf. Die Biodiesel-Produktionskosten sind darin zu gering angesetzt worden. Außerdem werde die Dynamik in der Preisentwicklung der Rohstoffe in den politischen Umsetzungen viel zu wenig berücksichtigt. Der BVA fordert daher eine Korrektur der Daten, um eine realistische Beurteilung zu ermöglichen.

Die aktuellen Anbauentscheidungen in Deutschland bestätigen diese Einschätzung, so Fehse. Der BVA geht davon aus, dass deutlich weniger Raps zur Ernte 2008 angebaut wird. Die Preisrelation Weizen zu Raps und die Witterungsverhältnisse haben den Raps zurückgedrängt. Damit wird die Rapsversorgung in Deutschland noch enger als sie bereits heute schon ist.

## **Getreide für die Energiegewinnung nutzen**

Die energetische Nutzung von Getreide ist für den BVA ebenfalls noch nicht zufriedenstellend gelöst. Der Präsident des BVA forderte, dass die anstehende Novellierung des EEG dringend dazu genutzt werde sollte, dass auch beim zusätzlichen Einsatz von Getreide für die Energiegewinnung, welches nicht mehr als Lebens- und Futtermittel eingesetzt werden kann oder z.B. bei Schmach- und Bruchkörnern, der Nawaro-Bonus gewährt wird bzw. dem Anlagenbetreiber dieser nicht aberkannt wird, sollte er diese Produkte einsetzen. Allein beim Erfassungshandel werden in jeder Saison rund zwei Prozent, das entspricht 800 000 t der Getreideernte, die in diesem Jahr rund 40 Mio. t betrug, aussortiert. Diese Menge könnte so im Sinne der Kreislaufwirtschaft sinnvoll eingesetzt werden und müsse nicht wie bisher mit großen finanziellem Aufwand entsorgt werden, um den gesetzlichen Regelungen zu entsprechen.

(Zeichen 4.434)

08.11.2007

### **Kontakt:**

Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA)

Herr Robert Künzel

Postfach 30 16 55, 53196 Bonn

Tel.: 0228/97 585-0, Fax: 0228/97 585-30

e-mail: [zentrale@bv-agrar.de](mailto:zentrale@bv-agrar.de)

Internet: [www.bv-agrar.de](http://www.bv-agrar.de)